

## Auswertung MDRfragt:

### EU-Wahlcheck: Migrationspolitik

Befragungszeitraum: 19. bis 23. April 2024

23.647 Teilnehmerinnen und Teilnehmer

## Die Ergebnisse in der Übersicht:

### I Migrationspolitik in der EU

- [Große Unzufriedenheit mit Migrationspolitik auf allen politischen Ebenen](#)
- [Klarer Meinungstrend: EU sollte Migration stärker als bisher begrenzen](#)
- [Die wenigsten glauben, dass jüngste EU-Asylreform für bessere Steuerung und Begrenzung der Migration sorgen wird](#)
- [Einzelne Maßnahmen der EU-Asylreform gehen vielen Befragten nicht weit genug](#)
- [Den Unter-30-Jährigen gehen einige Pläne hingegen tendenziell zu weit](#)
- [Meist geforderte migrationspolitische Maßnahmen: konsequenter abschieben, Sozialleistungen für Asylsuchende kürzen – und Zurückweisungen an den EU-Außengrenzen](#)

1

### II Deutschlands Migrationspolitik

- [Stabil großer Zuspruch für Bezahlkarte für Asylsuchende](#)
- [Positiver Blick auf stationäre Kontrollen an den Grenzen zu Polen und Tschechien](#)
- [Zuspruch zu Grenzkontrollen im zeitlichen Verlauf leicht gestiegen](#)
- [Minderheit will Schengen-Raum ohne Grenzkontrollen zurück](#)
- [Unter-30-Jährige und Männer sind häufiger für Rückkehr des grenzfreien Schengen-Raums](#)
- [Stabil große Sympathie für schnellere Arbeitsmarkt-Integration von Asylsuchenden](#)

## Die Ergebnisse im Detail:

### I Migrationspolitik in der EU

#### Große Unzufriedenheit mit Migrationspolitik auf allen Ebenen

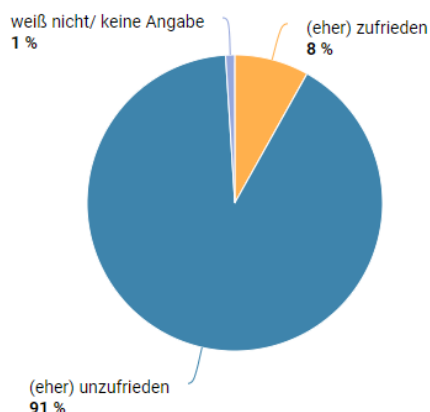
Wir wollten von der MDRfragt-Gemeinschaft wissen, wie zufrieden sie mit der Migrationspolitik auf den verschiedenen Ebenen sind. Dabei zeigt sich: Die Unzufriedenheit überwiegt auf allen Ebenen, am geringsten fällt der Unmut noch mit Blick auf die Migrationspolitik der Bundesländer aus.

- So gaben mehr als 90 Prozent der Befragten an, dass sie mit der Migrationspolitik der EU unzufrieden oder eher unzufrieden sind. Nur 7 Prozent sind tendenziell zufrieden oder zufrieden.
- Mit Blick auf das Agieren der Bundesebene in Migrationsfragen gaben nahezu genauso viele an, eher unzufrieden zu sein (91 Prozent), 8 Prozent waren eher zufrieden.
- Mit der Migrationspolitik der mitteldeutschen Bundesländern waren 85 Prozent der Befragten eher unzufrieden. Rund jede und jeder Zehnte (12 Prozent) war zufrieden oder eher zufrieden.

Frage: Ganz allgemein: Wie zufrieden sind Sie mit der Asyl- und Flüchtlingspolitik der EU?



Frage: Ganz allgemein: Wie zufrieden sind Sie mit der Asyl- und Flüchtlingspolitik auf Bundesebene?

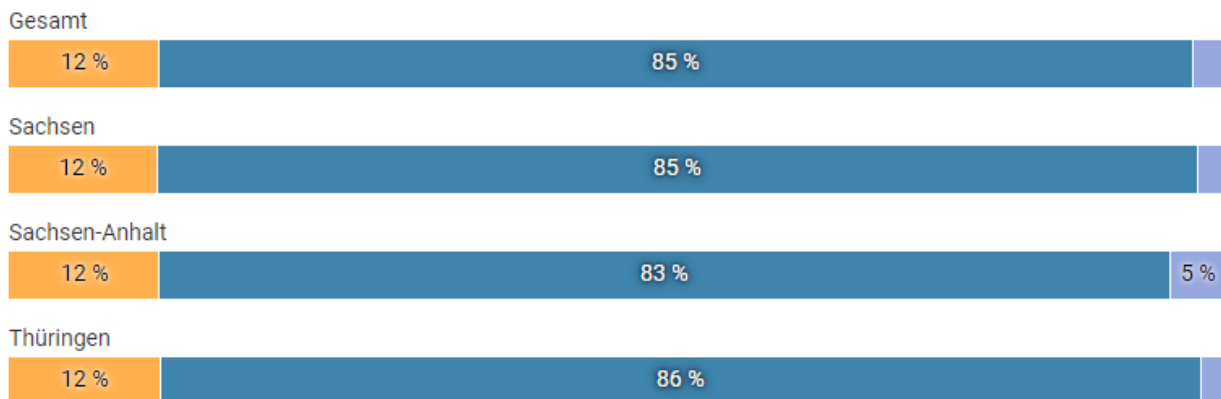


## Alle Bundesländer sorgen mit ihrer Migrationspolitik für gleich viel Unmut

Beim Blick auf die Bundesländer gibt es keine Unterschiede: In allen drei Bundesländern blicken die Befragten überwiegend unzufrieden auf die Migrationspolitik des Bundeslandes, in dem sie leben.

Frage: Ganz allgemein: Wie zufrieden sind Sie mit der Asyl und Flüchtlingspolitik Ihres Bundeslandes? (Auswertung nach Bundesländern)

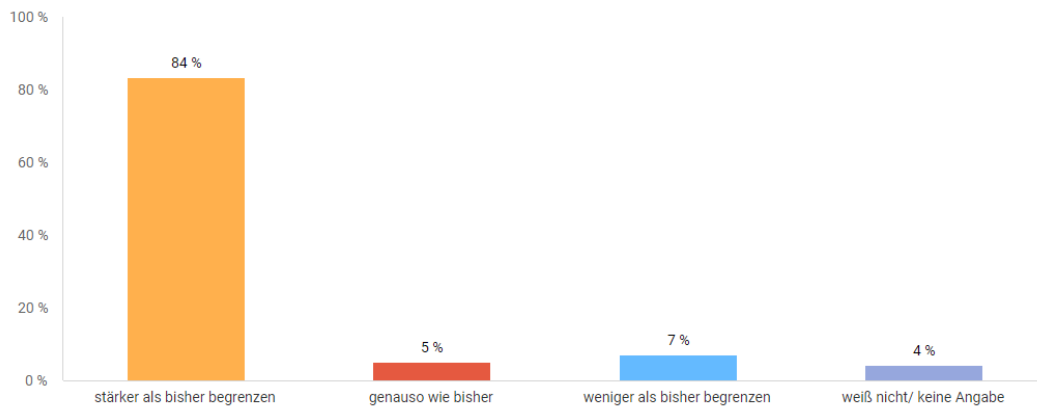
● (eher) zufrieden ● (eher) unzufrieden ● weiß nicht/ keine Angabe



## Klare Tendenz: Migration in die EU sollte stärker begrenzt werden

Wenn es nach der MDRfragt-Gemeinschaft geht, dann sollte die Europäische Union die Zahl von Asylsuchenden stärker begrenzen: Mehr als vier Fünftel der Befragten (84 Prozent) sind für die stärkere Begrenzung. Jede und jeder Zwanzigste (5 Prozent) meint, es sollte so bleiben wie es derzeit ist; etwas höher fällt der Anteil derjenigen aus, die dafür sind, dass die Europäische Union weniger als bisher begrenzt, wie viele Asylsuchende nach Europa kommen können.

*Frage: Die Asylagentur der Europäischen Union hat im vergangenen Jahr rund 1,1 Millionen Anträge auf Asyl registriert. Davon entfielen rund 330.000 auf Deutschland. Mit Blick auf die bisherige Vorgehensweise: Wie sollte die EU die Zahl der Asylsuchenden künftig steuern?*

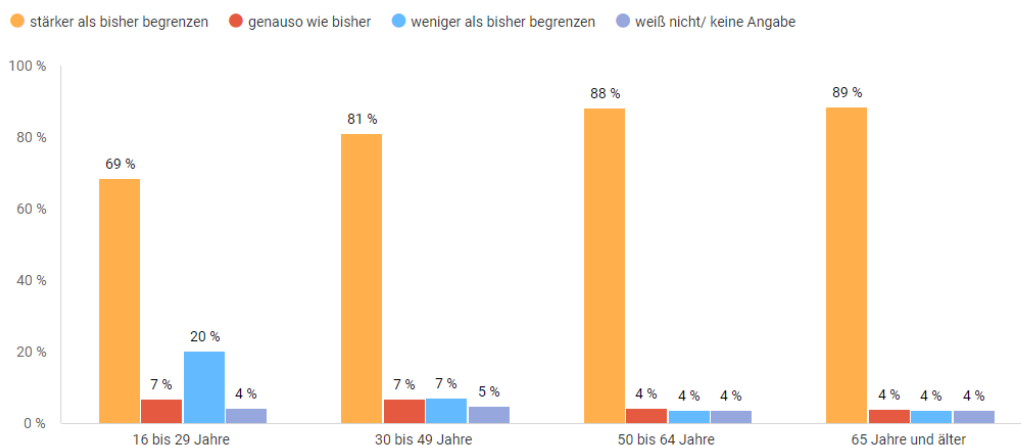


4

## Je älter die Befragten, desto größer der Zuspruch für mehr Begrenzung

Mit Blick auf die Altersgruppen zeigt sich: Je älter die Befragten, desto höher ist der Anteil derjenigen Befragten, die für eine stärkere Begrenzung der Migration in die Europäische Union sind. Dabei überwiegt in allen Altersgruppen der Anteil derjenigen, die für eine stärkere Begrenzung sind. Er nimmt aber von 69 Prozent Zuspruch bei den Unter-30-Jährigen auf 89 Prozent Zuspruch bei den Über-65-Jährigen zu.

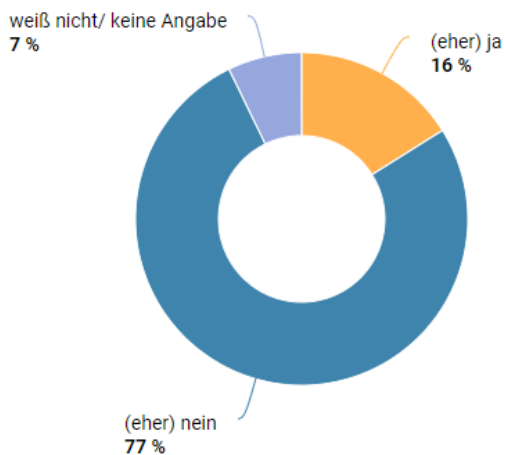
*Frage: Die Asylagentur der Europäischen Union hat im vergangenen Jahr rund 1,1 Millionen Anträge auf Asyl registriert. Davon entfielen rund 330.000 auf Deutschland. Mit Blick auf die bisherige Vorgehensweise: Wie sollte die EU die Zahl der Asylsuchenden künftig steuern? (nach Altersgruppen)*



## Mehrheit glaubt nicht an spürbar stärkere Begrenzung durch EU-Asylkompromiss

Nach jahrelangen Verhandlungen haben sich Spitzenvertreterinnen und Spitzenvertreter der Europäischen Union auf eine Reform der Gemeinsamen Europäischen Asylpolitik (GEAS) geeinigt. Obwohl die MDRfragt-Gemeinschaft einzelnen geplanten Maßnahmen durchaus positiv gegenübersteht, ist der große Stimmungstrend: Ein Großteil (77 Prozent) glaubt nicht, dass der errungene Asylkompromiss spürbar dazu führen wird, irreguläre Migration stärker zu begrenzen und zu steuern. Nur 16 Prozent sind eher zuversichtlich, dass diese Ziele erreicht werden.

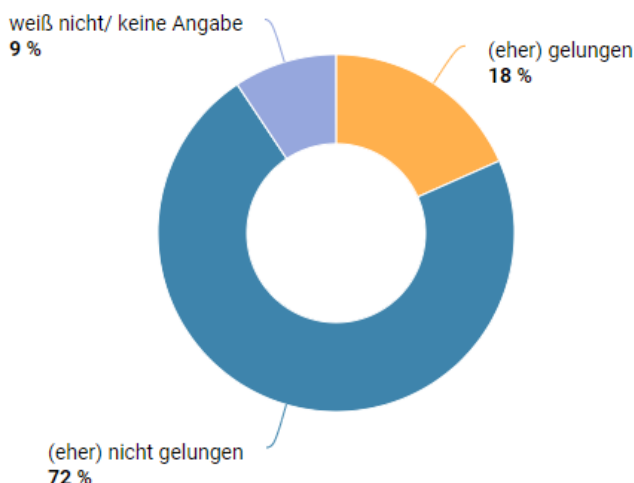
*Frage: Was glauben Sie: Werden die geplanten Verschärfungen des Asylrechts die irreguläre Migration spürbar begrenzen und steuern?*



5

Ähnlich fällt der Stimmungstrend in der Gesamtschau aus: Die meisten Befragten halten die Reform für nicht gelungen (72) Prozent, knapp ein Fünftel der Befragten nimmt die Gegenposition ein (18 Prozent). Fast jede und jeder Zehnte positioniert sich nicht.

*Und alles in allem: Wie finden Sie die Reform des Europäischen Asylsystems?*

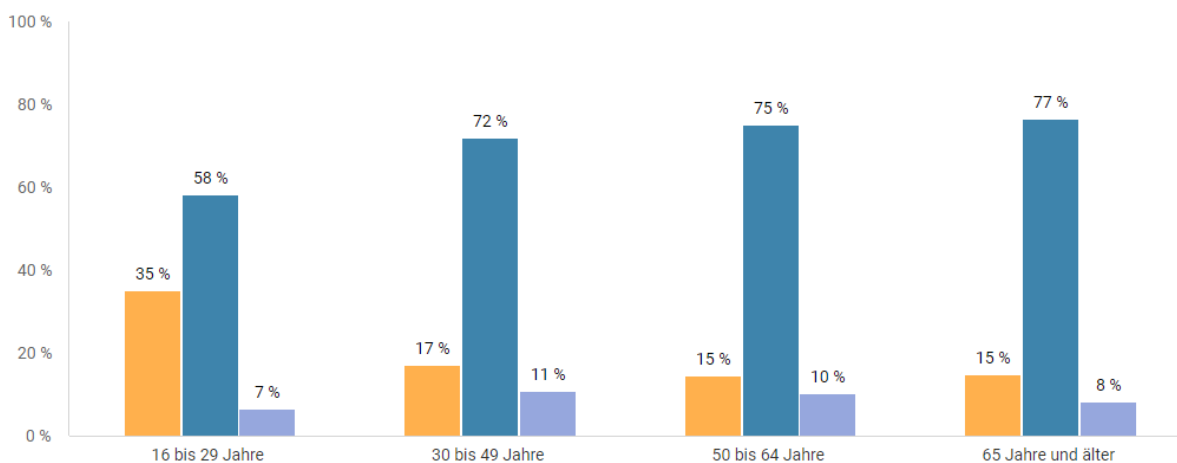


## Je älter die Befragten, desto eher wird Reform des Europäischen Asylsystems als misslungen angesehen

Mit Blick auf die Altersgruppen zeigt sich, dass überall der Anteil derjenigen, die in der Reform des EU-Asylsystems keinen großen Wurf sehen, überwiegt. Gleichzeitig ist der Anteil derjenigen, die positiv auf die Reform blicken, bei den Unter-30-Jährigen (35 Prozent) deutlich größer als bei den anderen Altersgruppen (30- bis 49-Jährige: 17 Prozent; 50- bis 64-Jährige: 15 Prozent; Über-65-Jährige: 15 Prozent).

Und alles in allem: Wie finden Sie die Reform des Europäischen Asylsystems?

● (eher) gelungen ● (eher) nicht gelungen ● weiß nicht/ keine Angabe



6

Dieser etwas andere Blick der jüngsten Altersgruppe in der MDRfragt-Gemeinschaft zeigt sich mit Blick auf die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) immer wieder:

- **Grenzlager:** So sind die Unter-30-Jährigen auch häufiger der Meinung, dass es zu weit geht, Asylsuchende mit schlechter Bleibeperspektive in **Lagern an der EU-Außengrenze festzuhalten** (27 Prozent) als die anderen Altersgruppen (30- bis 40-Jährige: 12 Prozent; 50- bis 64-Jährige: 7 Prozent; Über-65-Jährige: 6 Prozent).
- **Drittstaaten:** Auch die Pläne, **Asylsuchende in sichere Drittstaaten zurückzuschicken**, finden die Unter-30-Jährigen häufiger (21 Prozent) als zu weitgehend als die anderen Altersgruppen (30- bis 49-Jährige: 6 Prozent; 50 bis 64-Jährige: 3 Prozent; Über-65-Jährige: 3 Prozent).
- **Solidaritätsmechanismus:** Keine großen Unterschiede zeigen sich hingegen bei der Bewertung der **Pläne, Asylsuchende innerhalb der EU nach festen Schlüsseln solidarischer zu verteilen** oder Staaten, die da nicht mitmachen, mit anderen Pflichten bei Grenzschutz und Co., zu behängen: Das hält in allen Altersgruppen jeweils eine knappe Mehrheit für sinnvoll (Unter-30-Jährige: 48 Prozent; 30- bis 49-Jährige: 49 Prozent; 50- bis 64-Jährige: 49 Prozent; Über-65-Jährige: 57 Prozent).

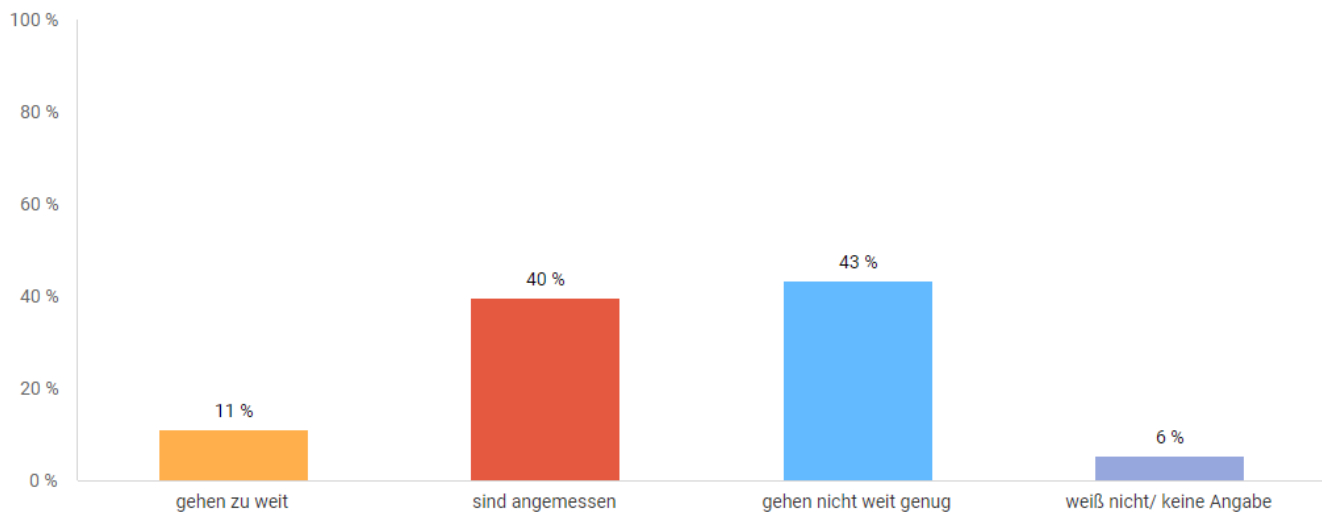
Mehr Details zu den allgemeinen Meinungstendenzen zum Gemeinsamen Europäischen Asylsystem gibt es auf den kommenden Seiten.

## Zwei Fünftel halten Pläne für Asylverfahren in Lagern an EU-Außengrenze für angemessen

[Im April hat das Europäische Parlament einer Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems \(GEAS\) zugestimmt.](#) Es sieht vor, dass Asylsuchende, die aufgrund ihrer Herkunftsländer eine geringe Bleibechance haben, in Lagern an der Außengrenze festgehalten werden und dort das Asylverfahren durchlaufen.

Bei MDRfragt finden zwei Fünftel (40 Prozent) der Befragten, dass diese Pläne angemessen sind. Ein etwa genauso großer Anteil (43 Prozent) ist der Ansicht, diese Maßnahme gehe noch nicht weit genug. Für ein Zehntel (11 Prozent) der Befragten geht der Vorstoß hingegen zu weit.

*Frage: Laut Asyl-Kompromiss soll es erstmals Asylverfahren direkt an den EU-Außengrenzen geben. Asylsuchende aus Ländern mit geringen Chancen auf Asyl sollen in Grenzlagern innerhalb von drei Monaten ein Verfahren durchlaufen. Befürworter argumentieren, damit könnten Nicht-Schutzberechtigte schneller wieder abgeschoben werden. Kritiker sagen, dass Betroffene in den Grenzlagern faktisch inhaftiert werden. Wie finden Sie die Pläne für Grenzlager und Asylverfahren an den Außengrenzen?*



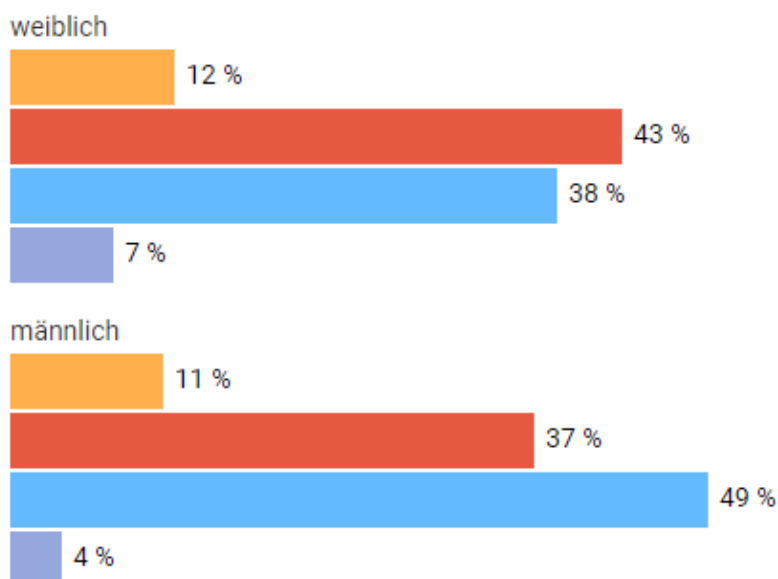
## Frauen finden Grenzlager für Asylverfahren überwiegend angemessen, Männern gehen diese Pläne mehrheitlich nicht weit genug

Bei dieser Frage zeigen sich Unterschiede im Meinungsbild nach Geschlechtern: Unter den weiblichen Befragten überwiegt die Ansicht, dass die Pläne für Lager an den EU-Außengrenzen und Asylverfahren dort angemessen sind (43 Prozent) und ein geringerer Anteil findet, das geht nicht weit genug (38 Prozent).

Bei den Männern ist der größte Anteil der Befragten hingegen der Meinung, diese Maßnahme geht nicht weit genug (49 Prozent), und ein geringerer Anteil hält sie für angemessen (37 Prozent).

*Frage: Laut Asyl-Kompromiss soll es erstmals Asylverfahren direkt an den EU-Außengrenzen geben. Asylsuchende aus Ländern mit geringen Chancen auf Asyl sollen in Grenzlagern innerhalb von drei Monaten ein Verfahren durchlaufen. Befürworter argumentieren, damit könnten Nicht-Schutzberechtigte schneller wieder abgeschoben werden. Kritiker sagen, dass Betroffene in den Grenzlagern faktisch inhaftiert werden. Wie finden Sie die Pläne für Grenzlager und Asylverfahren an den Außengrenzen? (Auswertung nach Geschlecht)*

● gehen zu weit ● sind angemessen ● gehen nicht weit genug ● weiß nicht/ keine Angabe





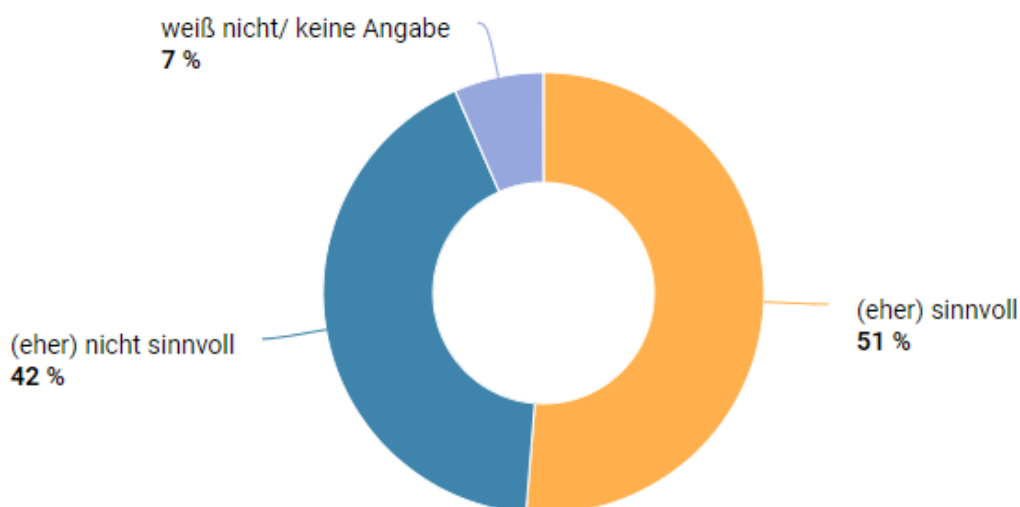
## Gespaltenes Meinungsbild zu geplanter solidarischer Verteilung der Asylsuchenden nach festen Schlüsseln

Mit der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) will die EU auch einen weiteren Dauer-Streitapfel: [Wie können Asylsuchende gleichmäßiger und solidarischer auf die verschiedenen EU-Mitgliedstaaten verteilt werden?](#) Bisher galt auf dem Papier das sogenannte Dublin-Verfahren, wonach Asylsuchende nur in dem EU-Staat Asyl beantragen konnten, auf dem sie erstmals europäischen Boden betreten haben. [Faktisch funktionierte diese Regel schon lange nicht mehr](#), ohne dass es eine Einigung auf einen anderen Verteilmechanismus gab.

Nach dem Asylkompromiss soll künftig ein solcher neuer Verteilmechanismus greifen: Asylsuchende, die nicht an den Außengrenzen festgehalten werden, sollen nach festen Quoten auf die Mitgliedstaaten verteilt werden. Wer keine Flüchtlinge aufnimmt, soll Ausgleichszahlungen leisten oder sich anderweitig mit Maßnahmen, Personal und Co. beteiligen.

In der MDRfragt-Befragung ist das Meinungsbild in dieser Frage uneindeutig: Knapp die Hälfte der Befragten (51 Prozent) hält das für ein sinnvolles oder eher sinnvolles Vorgehen. Ein etwas kleinerer Anteil (42 Prozent) hält diesen Mechanismus hingegen tendenziell nicht für sinnvoll. 7 Prozent der Befragten positionieren sich nicht.

Frage: Zudem soll es eine „Solidaritätspflicht“ geben: Asylsuchende, die nicht an den Außengrenzen festgehalten werden, sollen innerhalb der EU nach festen Schlüsseln verteilt werden. Länder, die ihrer Aufnahmepflicht nicht nachkommen, können alternativ Ausgleichszahlungen leisten – oder sich anderweitig einbringen, etwa Grenzbeamtinnen und Grenzbeamte an die Außengrenze schicken. Alles in allem Wie finden Sie diese Regelung zur Verteilung von Asylsuchenden innerhalb der EU?

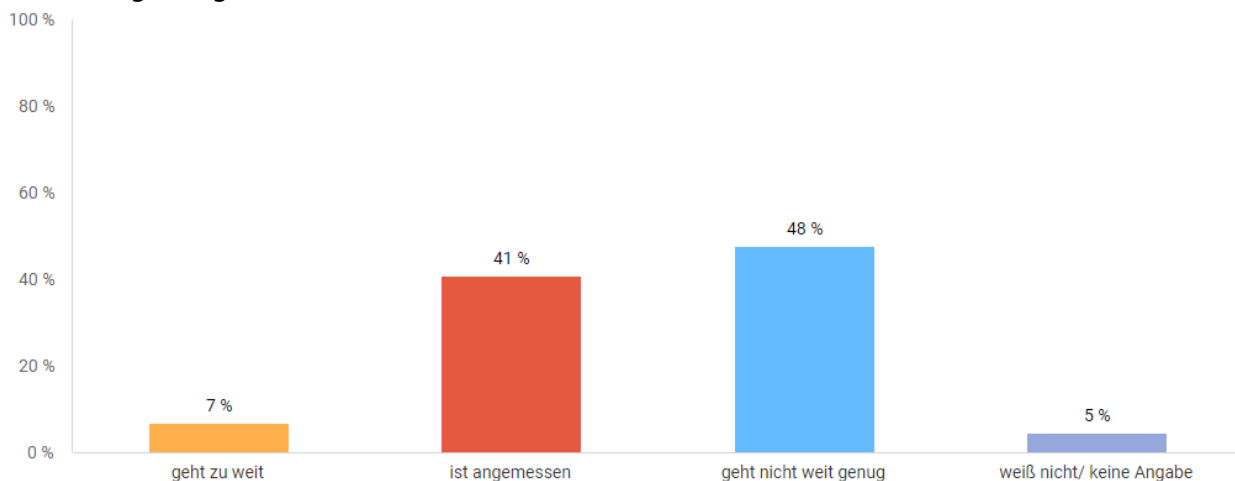


## Zuspruch für Pläne, Asylsuchende in sogenannte sichere Drittstaaten zurückzuschicken

In der Diskussion, wie sich die Migration von Asylsuchenden und Flüchtlingen anders steuern und begrenzen lässt, [kommen schnell Staaten außerhalb der Europäischen Union als Kooperationspartner ins Spiel](#). Der Asylkompromiss, also die Reform der Gemeinsamen Europäischen Asylpolitik (GEAS) sieht vor, dass Asylsuchende in als sicher erklärte Drittstaaten zurückgeschickt werden können, wenn sie zu selbigem eine persönliche Verbindung haben.

Kaum jemand unter den Befragten findet, dass diese Maßnahme zu weit geht (7 Prozent). Der Rest findet diesen Ansatz entweder angemessen (41 Prozent) oder meint sogar, er gehe nicht weit genug (48 Prozent).

*Frage: Asylsuchende sollen auch in sogenannte sichere Drittstaaten zurückgeschickt werden können, etwa nach Tunesien oder Albanien: Betroffene müssen eine persönliche Verbindung in den Drittstaat haben, z. B. dort lebende Angehörige. Wie finden Sie diese Maßnahme?*

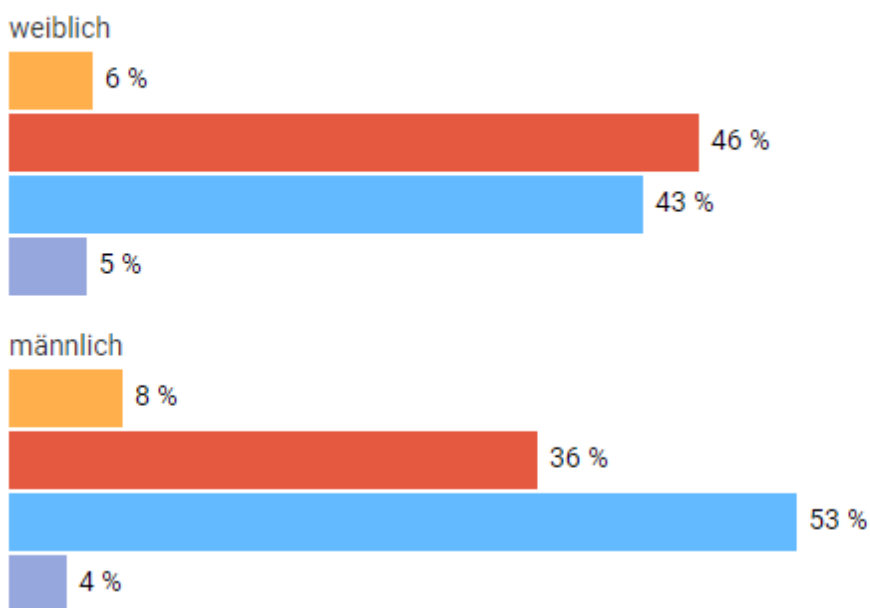


## Frauen halten Pläne häufiger für angemessen, Männern gehen sie häufiger nicht weit genug

Mit Blick in die Untergruppen fällt auf: Frauen halten die EU-Pläne, Asylsuchende bei persönlichem Bezug in sogenannte Drittstaaten zurückzuschicken, häufiger für angemessen (46 Prozent) als Männer das tun (36 Prozent). Umgekehrt ist bei den männlichen Befragten der Anteil derjenigen höher, denen dieser Vorstoß nicht weit genug geht (53 Prozent) als bei den Frauen (43 Prozent).

*Frage: Asylsuchende sollen auch in sogenannte sichere Drittstaaten zurückgeschickt werden können, etwa nach Tunesien oder Albanien: Betroffene müssen eine persönliche Verbindung in den Drittstaat haben, z. B. dort lebende Angehörige. Wie finden Sie diese Maßnahme? (Auswertung nach Geschlecht)*

● geht zu weit   
 ● ist angemessen   
 ● geht nicht weit genug   
 ● weiß nicht/ keine Angabe



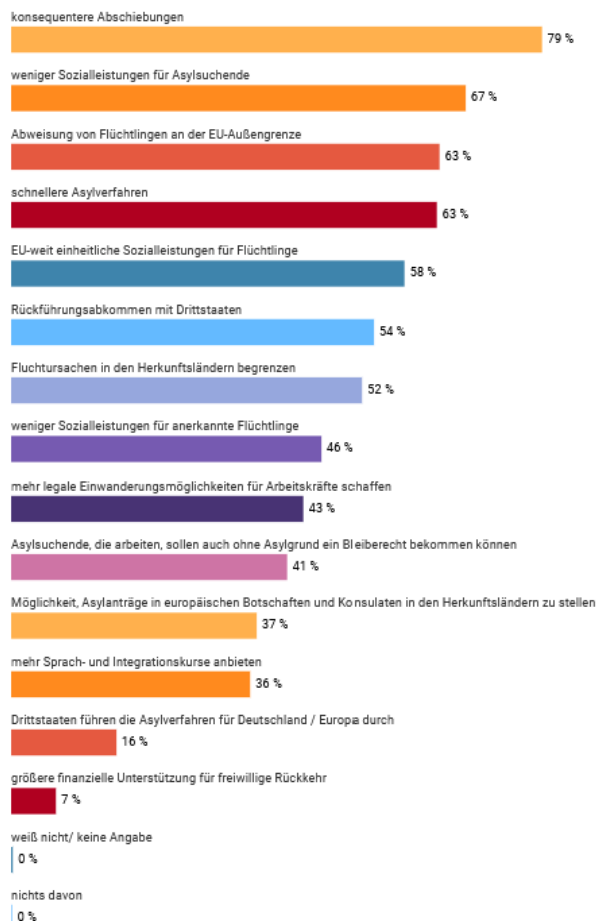
## Wünsche bei Migrationspolitik: konsequenter abschieben, Sozialleistungen kürzen – und Asylsuchende an Außengrenzen abweisen

Wir wollten von der MDRfragt-Gemeinschaft auch wissen, welche Maßnahmen sie insgesamt gut fände, um irreguläre und reguläre Migration nach Europa zu steuern und/oder zu begrenzen. Dabei konnten die Befragten alles auswählen, das ihnen sinnvoll erscheint.

Den größten Zuspruch gibt es [für das auch von der Bundesregierung gesetzte Ziel, konsequenter abzuschicken](#) (70 Prozent). Viele sind zudem dafür, **Asylsuchenden weniger Sozialleistungen** zu gewähren (67 Prozent). Diese Forderung wird auch von Vertreterinnen und Vertreter politischer Parteien immer wieder aufgemacht, [auch wenn dieser oft behauptete Anreiz wissenschaftlich als nicht nachweisbar oder sogar widerlegt gilt](#). Für die im Asylkompromiss erweiterten Möglichkeiten, [Flüchtlinge an der EU-Außengrenze abzuweisen](#), sind noch zwei von drei Befragten (63 Prozent); ebenso wie für schnellere Asylverfahren (63 Prozent).

Zum Vergleich: In dieser Abfrage gibt es relativ wenig Zuspruch für die derzeit [unter anderem von der CDU vertretene Idee, Drittstaaten sollten die Asylverfahren für Deutschland beziehungsweise EU-Staaten durchführen](#) (16 Prozent). An einem solchen Konzept arbeitet derzeit konkret [unter anderem Italien in Kooperation mit Albanien](#).

*Frage: In der aktuellen Debatte gibt es viele weitere Vorschläge zur Flüchtlingspolitik. Welche Maßnahmen sollten Ihrer Meinung nach umgesetzt werden? Sie können alles auswählen, was Sie für richtig halten.*



## Bei Unter-30-Jährigen gibt es andere Prioritäten

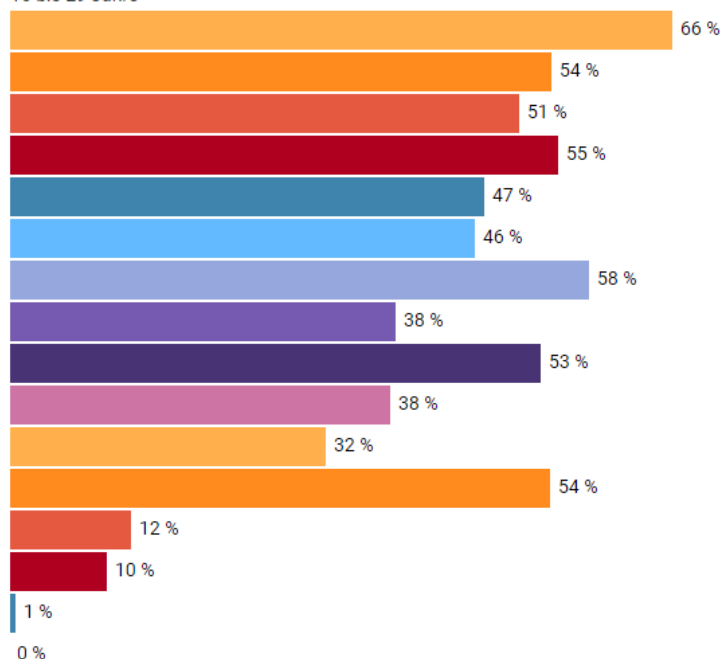
Mit Blick auf die Altersgruppen zeigt sich, dass die **Unter-30-Jährigen** anders auf die diskutierten Maßnahmen in der Migrationspolitik blicken als die älteren Befragten. Während in den Altersgruppen **30 bis 49 Jahre; 50 bis 64 Jahre und Über 65 Jahre** jeweils die gleichen Maßnahmen auf vorderen Plätzen rangieren, sieht die Liste der meist gewählten Maßnahmen in der jüngsten Altersgruppe ab Platz 2 anders aus:

So liegt auch bei den **Unter-30-Jährigen** die konsequentere Abschiebung von Menschen ohne Bleibeperspektive vorn (66 Prozent), auf Platz 2 rangiert hingegen Fluchtursachen in den Herkunftsländern bekämpfen (58 Prozent), gefolgt von schnellere Asylverfahren (55 Prozent). Mehr Integrations- und Sprachkurse (54 Prozent) sind gleichauf mit der Forderung nach weniger Sozialleistungen für Asylsuchende (54 Prozent).

*Frage: In der aktuellen Debatte gibt es viele weitere Vorschläge zur Flüchtlingspolitik. Welche Maßnahmen sollten Ihrer Meinung nach umgesetzt werden? Sie können alles auswählen, was Sie für richtig halten. (Auswertung für die 16- bis 29-Jährigen)*

- konsequentere Abschiebungen    ● weniger Sozialleistungen für Asylsuchende
- Abweisung von Flüchtlingen an der EU-Außengrenze    ● schnellere Asylverfahren
- EU-weit einheitliche Sozialleistungen für Flüchtlinge    ● Rückführungsabkommen mit Drittstaaten
- Fluchtursachen in den Herkunftsländern begrenzen    ● weniger Sozialleistungen für anerkannte Flüchtlinge
- mehr legale Einwanderungsmöglichkeiten für Arbeitskräfte schaffen
- Asylsuchende, die arbeiten, sollen auch ohne Asylgrund ein Bleiberecht bekommen können
- Möglichkeit, Asylanträge in europäischen Botschaften und Konsulaten in den Herkunftsländern zu stellen
- mehr Sprach- und Integrationskurse anbieten
- Drittstaaten führen die Asylverfahren für Deutschland / Europa durch
- größere finanzielle Unterstützung für freiwillige Rückkehr    ● weiß nicht/ keine Angabe    ● nichts davon

16 bis 29 Jahre



## II Deutschlands Migrationspolitik

Neben dem Blick auf die EU-Migrationspolitik, an der Deutschland mitwirkt, wollten wir noch einmal konkreter wissen, wie die MDRfragt-Gemeinschaft auf bundespolitische Fragestellungen im Zusammenhang mit regulärer Migration, etwa zur Bekämpfung des Arbeits- und Fachkräftemangels, blickt – und wie sie konkrete aktuelle politische Maßnahmen in diesem Themenfeld sieht.

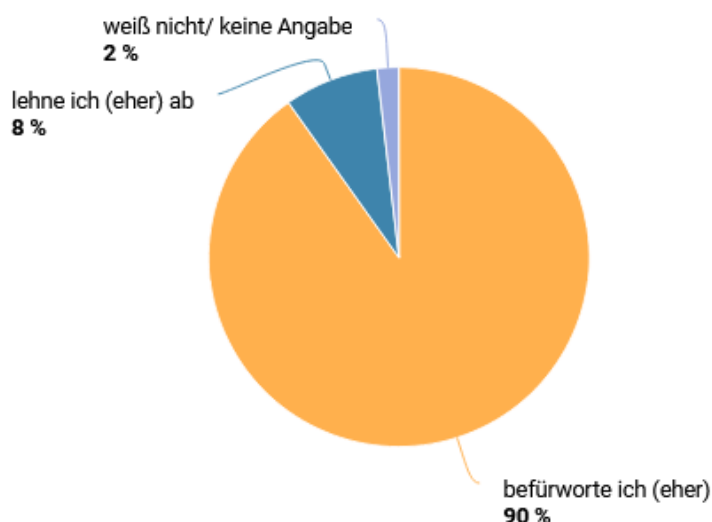
### Sehr großer Zuspruch für Bezahlkarten

In den vergangenen Monaten wurde viel darüber diskutiert, ob Asylsuchende statt Bargeld eine Bezahlkarte bekommen sollten. Der Gedanke dabei: [Asylsuchende sollen das Geld ausgeben, um im Inland zu bezahlen und weniger Geld in ihre Heimatländer schicken, wo es gegebenenfalls wieder genutzt wird, um Schlepper zu bezahlen, damit sie Familienmitglieder irregulär nach Europa bringen.](#) Zudem soll laut Bundesregierung der Verwaltungsaufwand für die Kommunen sinken, die bisher das Bargeld ausgeben.

Der Bundestag hat den Weg für Bezahlkarten für Asylsuchende inzwischen freigemacht.

Das Stimmungsbild aus der MDRfragt-Gemeinschaft ist in dieser Frage eindeutig: 9 von 10 Befragten befürworten es, wenn Asylsuchende statt Bargeld die Bezahlkarten bekommen. Nur 8 Prozent der Befragten lehnen diese Maßnahme tendenziell ab.

*Frage: Der Bundestag hat vor wenigen Tagen den Weg für die sogenannten Bezahlkarten für Asylsuchende und Flüchtlinge freigemacht. Was halten Sie davon, Flüchtlingen kein Bargeld mehr auszusahlen und ihnen stattdessen Bezahlkarten auszuhändigen?*



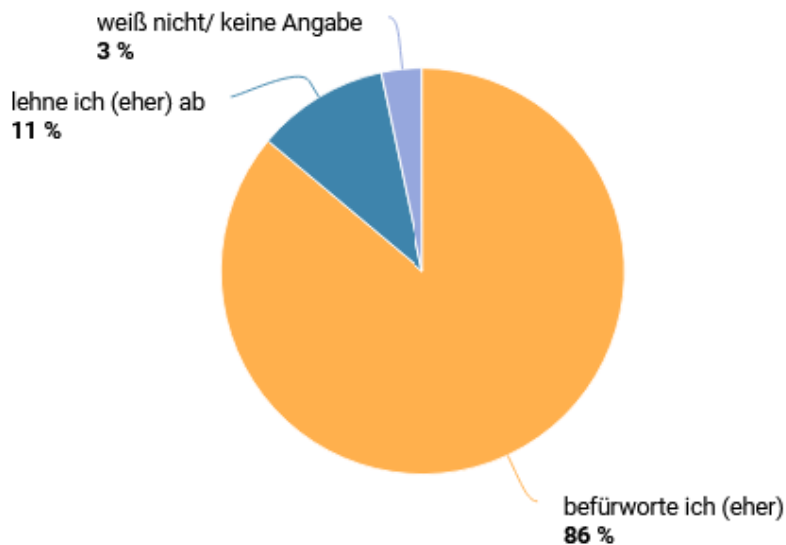
Damit bleibt der Zuspruch für Bezahlkarten im zeitlichen Verlauf hoch: Als wir die Frage im **Oktober 2023** stellten, war ebenfalls eine sehr große Mehrheit (88 Prozent) für die Einführung, 9 Prozent lehnten sie eher ab.

## Grenzkontrollen an deutschen Grenzen werden positiv gesehen

Als Reaktion auf irreguläre Migration über die sogenannte Balkan-Route sowie über die Mittelmeer-Region hat Deutschland im Herbst vergangenen Jahres den eigentlich grenzkontrollfreien Personen- und Warenverkehr im Schengen-Raum eingeschränkt und [wieder stationäre Grenzkontrollen eingeführt](#).

In der MDRfragt-Gemeinschaft wird diese Maßnahme sehr positiv bewertet: Ein Großteil (86 Prozent) hält die stationären Grenzkontrollen an den Grenzen zur Tschechischen Republik und nach Polen für richtig oder eher richtig. Eine deutliche Minderheit (11 Prozent) hält sie tendenziell für falsch.

*Frage: Seit Oktober 2023 gibt es unter anderem an der Grenze zu Polen und Tschechien vorübergehend wieder stationäre Grenzkontrollen. Befürworter sagen, so könnten Schleusungen nach Deutschland erschwert und Schleuser geschnappt werden. Polizeigewerkschafter monieren, Schleuser könnten solche festen Kontrollpunkte leicht umgehen. Weitere Kritik gibt es aufgrund der Verkehrsbehinderungen inklusive wirtschaftlicher Einbußen. Wie denken Sie über vorübergehende stationäre Grenzkontrollen an der Grenze zu Polen und Tschechien?*

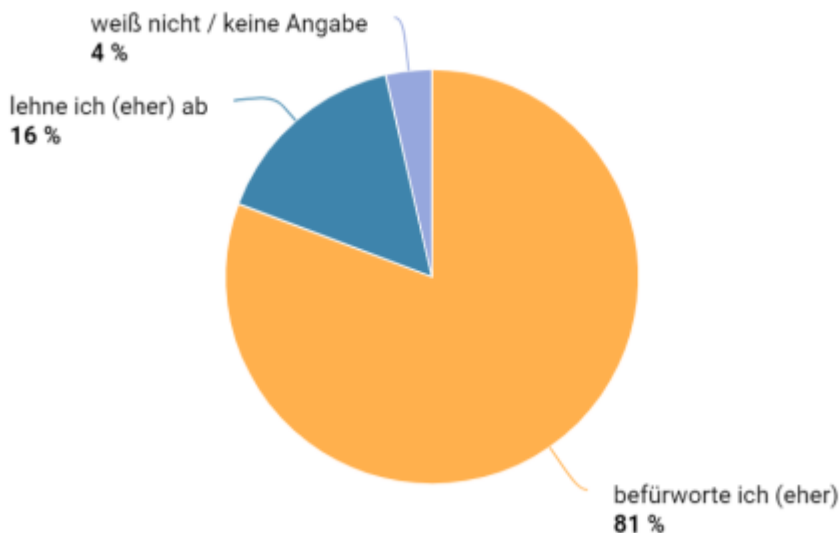


## Langzeitvergleich: Zuspruch zu Grenzkontrollen sogar leicht gestiegen

Damit ist der Zuspruch zu den stationären Kontrollen an den Grenzen zu Polen und Tschechien im Vergleich zu Oktober 2023 sogar noch leicht gestiegen. Damals hatten wir die Frage gestellt, als Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) die Grenzkontrollen gerade angekündigt, aber noch nicht umgesetzt hatte.

Damals waren 81 Prozent der Befragten für oder eher für die stationären Grenzkontrollen und 16 Prozent tendenziell dagegen.

*Frage: Bundesinnenministerin Nancy Faeser möchte an der Grenze zu Polen und Tschechien stationäre Grenzkontrollen einführen. Befürworter sagen, so könnten Schleusungen nach Deutschland erschwert und Schleuser geschnappt werden. Polizeigewerkschafter monieren, Schleuser könnten solche festen Kontrollpunkte leicht umgehen. Gleichzeitig fürchten u.a. Wirtschaftsvertreter, dass Grenzkontrollen zu Staus und wirtschaftlichen Einbußen führen könnten. Wie denken Sie über stationäre Grenzkontrollen an der Grenze zu Polen und Tschechien?*

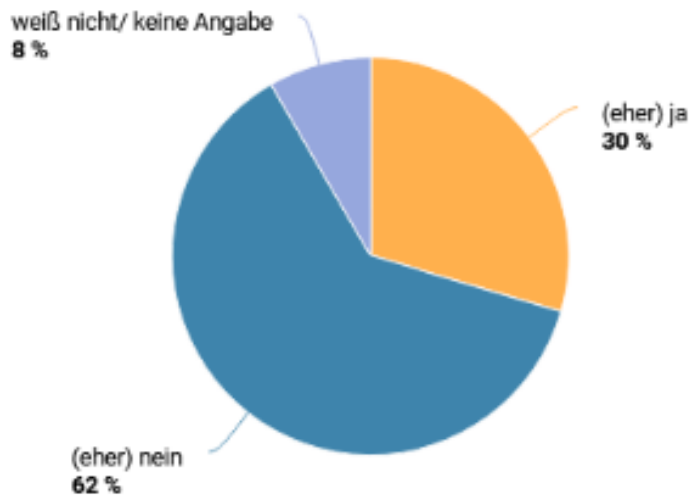




## Nur ein Drittel für mittelfristige Rückkehr zum grenzfreien Schengen-Raum

Obwohl der freie Personen- und Warenverkehr innerhalb des Schengen-Raums [als eine der größten Errungenschaften der Europäischen Union](#) gilt – sowohl für Reisen als auch aus wirtschaftlicher Sicht – ist in der MDRfragt-Gemeinschaft nur eine Minderheit dafür, die stationären Grenzkontrollen mittelfristig wieder abzuschaffen: Ein Drittel (30 Prozent) ist für die Rückkehr zum Schengen-Raum ohne Grenzkontrollen. Die Mehrheit (62 Prozent) verneint das eher.

*Frage: Auch andere Staaten haben wieder stationäre Grenzkontrollen eingeführt, etwa Dänemark, Frankreich oder Österreich. Gleichzeitig gelten freies Reisen und freier Güterverkehr innerhalb des Schengenraums als große Errungenschaft in Europa. Alles in allem – wie sehen Sie das: Sollte es aus Ihrer Sicht künftig wieder eine Rückkehr zum alten Schengen-Raum ohne stationäre Grenzkontrollen geben?*

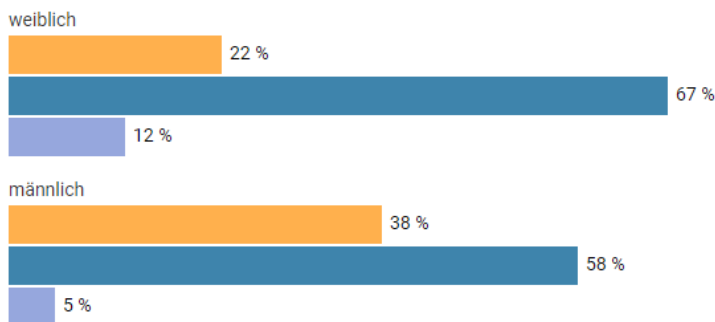


## Männer häufiger für Rückkehr zu grenzenlosem Schengen-Raum als Frauen

Mit Blick in die Untergruppen fällt auf: Unter den Männern gibt es in der Befragung deutlich mehr Anhänger (38 Prozent) einer Rückkehr zum Schengen-Raum ohne Binnen-Grenzkontrollen als Anhängerinnen bei den Frauen (22 Prozent).

*Frage: Auch andere Staaten haben wieder stationäre Grenzkontrollen eingeführt, etwa Dänemark, Frankreich oder Österreich. Gleichzeitig gelten freies Reisen und freier Güterverkehr innerhalb des Schengenraums als große Errungenschaft in Europa. Alles in allem – wie sehen Sie das: Sollte es aus Ihrer Sicht künftig wieder eine Rückkehr zum alten Schengen-Raum ohne stationäre Grenzkontrollen geben? (Auswertung nach Geschlecht)*

● (eher) ja ● (eher) nein ● weiß nicht/ keine Angabe

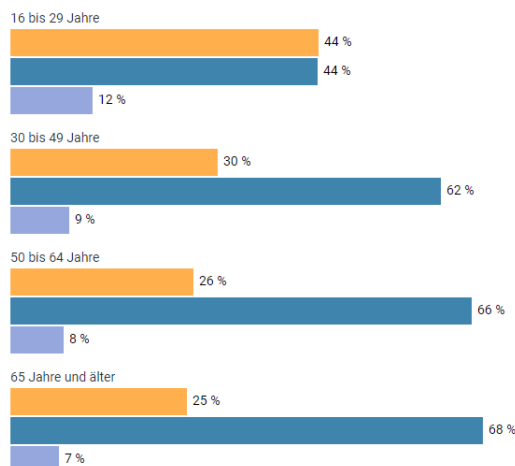


## Bei Unter-30-Jährigen sind beide Seiten gleich auf

Mit Blick auf die Altersgruppen zeigt sich: Bei den **Unter-30-Jährigen** sind jene, die zum kontrollfreien Schengen-Raum zurückwollen und jene, die das nicht so sehen, gleichauf (jeweils 44 Prozent Anteil). In **allen anderen Altersgruppen** sind jene, die den Schengen-Raum ohne Grenzkontrollen zurückwollen, deutlich in der Minderheit.

*Frage: Auch andere Staaten haben wieder stationäre Grenzkontrollen eingeführt, etwa Dänemark, Frankreich oder Österreich. Gleichzeitig gelten freies Reisen und freier Güterverkehr innerhalb des Schengenraums als große Errungenschaft in Europa. Alles in allem – wie sehen Sie das: Sollte es aus Ihrer Sicht künftig wieder eine Rückkehr zum alten Schengen-Raum ohne stationäre Grenzkontrollen geben? (Auswertung nach Altersgruppen)*

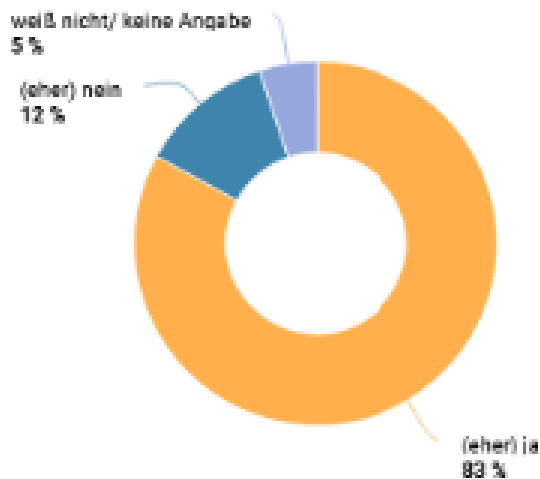
● (eher) ja ● (eher) nein ● weiß nicht/ keine Angabe



## Mehrheit für schnellere Arbeitsmarkt-Integration von Asylsuchenden

Apropos Wirtschaft: Regelmäßig wollen wir von der MDRfragt-Gemeinschaft wissen, wie sie auf das Thema Asylsuchende und Arbeitsmarkt blicken. Beim aktuellen Meinungsbarometer sind vier Fünftel (83 Prozent) der Befragten dafür, dass Asylsuchende schneller und konsequenter als bisher in den Arbeitsmarkt integriert werden sollten. Nur rund ein Zehntel (12 Prozent) sieht das nicht so.

*Frage: Sollten Asylsuchende Ihrer Meinung nach schneller und konsequenter in den Arbeitsmarkt integriert werden?*



19

Damit bleibt die Grundstimmung im zeitlichen Verlauf stabil: Als wir die **gleiche Frage im Oktober 2023** gestellt haben, waren ebenfalls gut vier Fünftel (84 Prozent) der Befragten für eine schnellere Arbeitsmarkt-Integration von Asylsuchenden.

*Frage: Sollten Asylsuchende Ihrer Meinung nach schneller und konsequenter in den Arbeitsmarkt integriert werden? (Auswertung Oktober 2023)*



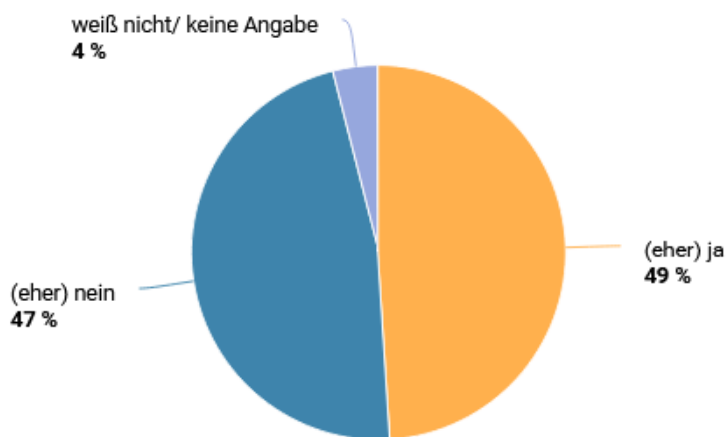


Das **Meinungsbarometer** für Mitteldeutschland

## Gespaltenes Stimmungsbild bei der Frage: Braucht Deutschland Zuwanderung wegen des Arbeitskräftemangels

Während es in der MDRfragt-Gemeinschaft viel Zuspruch dafür gibt, dass Asylsuchende schneller und konsequenter in den Arbeitsmarkt integriert werden, fällt das Stimmungsbild bei der Frage, ob Deutschland insgesamt Zuwanderung braucht, um dem Fachkräftemangel zu begegnen, gemischt aus: Diejenigen, die das für essenziell halten (49 Prozent), machen in etwa einen so großen Anteil aus wie jene, die das nicht so sehen (47 Prozent):

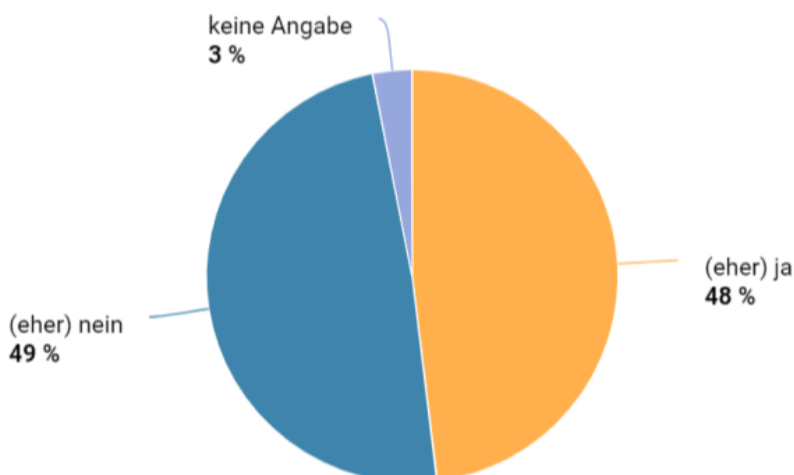
Frage: Und brauchen wir in Ihren Augen in Deutschland Zuwanderung, um dem Arbeitskräftemangel zu begegnen?



21

Auch dieses Meinungsbild ist stabil: Im **Oktober 2023** war die MDRfragt-Gemeinschaft genauso gespalten in der Frage, ob es Zuwanderung braucht, um dem Arbeitskräftemangel zu begegnen.

Frage: Und brauchen wir in Ihren Augen in Deutschland Zuwanderung, um dem Arbeitskräftemangel zu begegnen? (Auswertung Oktober 2023)



## Hinweise zur Auswertung

Die Befragung vom 19. bis 23. April 2024 stand unter der Überschrift:

### **EU-Wahlcheck: Migrationspolitik**

Insgesamt sind bei MDRfragt 67.127 Menschen aus Mitteldeutschland angemeldet (Stand 10. Mai 2024, 12:00).

23.647 Menschen aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen haben online an dieser Befragung teilgenommen.

#### Verteilung nach Altersgruppen:

16 bis 29 Jahre:	240 Teilnehmende
30 bis 49 Jahre:	2.909 Teilnehmende
50 bis 64 Jahre:	9.808 Teilnehmende
65+:	10.690 Teilnehmende

#### Verteilung nach Bundesländern:

Sachsen:	12.246 (52 Prozent)
Sachsen-Anhalt:	5.601 (24 Prozent)
Thüringen:	5.800 (25 Prozent)

#### Verteilung nach Geschlecht:

Weiblich:	9.872 (41,7 Prozent)
Männlich:	13.697 (57,9 Prozent)
Divers:	73 (0,3 Prozent)

Die Ergebnisse der Befragung sind nicht repräsentativ. Wir haben sie allerdings in Zusammenarbeit mit dem wissenschaftlichen Beirat nach den statistischen Merkmalen Bildung, Geschlecht und Alter gewichtet. Das heißt, dass wir die Daten der an der Befragung beteiligten MDRfragt-Mitglieder mit den Daten der mitteldeutschen Bevölkerung abgeglichen haben.

Aufgrund von Rundungen kann es vorkommen, dass die Prozentwerte bei einzelnen Fragen zusammengerechnet nicht exakt 100 ergeben.